

FreiBrief aus Berlin

April 2022



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Wahljahr 2022 hat für die CDU am vergangenen Sonntag im Saarland mit einer schmerzlichen Niederlage begonnen. Ich bin der Überzeugung, dass Tobias Hans und die Saarland-CDU eine gute Arbeit geleistet haben, dies den Wählerinnen und Wählern aber offensichtlich nicht entsprechend vermittelt werden konnten. Als neuen Trend für die Bundes-CDU oder gar einen Fingerzeig für die im Mai anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein sehe ich die Niederlage allerdings nicht. Aktuelle Umfragen sehen uns im Bund wie in den genannten Ländern teils deutlich vor der SPD. Diesen Vorsprung gilt es in den nächsten Wochen allerdings zu untermauern und auszubauen.

Dies kann uns gelingen, denn nach den ersten 100 Tagen der neuen Regierungskoalition treten die Gegensätze und Spannungen in einem gewiss derzeit schwierigen Umfeld immer deutlicher zutage. Während beispielsweise die Nachbarländer um uns herum schnell durch Steuersenkungen ein wichtiges Signal in der Energiepolitik gesetzt haben, kommt bei den Bundesbürgern aktuell nichts an. Die jetzt beschlossenen, teils unsinnigen Entlastungen und Geschenke kommen viel zu spät und zu einem ungewissen Zeitpunkt. Das sind handwerkliche Fehler mit fatalen Folgen. Denn die Bürger haben umgehend reagiert und sparen. Die Konsum-Freude, die Stütze der deutschen Wirtschaft seit vielen Jahren, ist verflogen und auf ein Rekordtiefniveau gefallen. Die Angst vor einer Rezession ist da.

Herzlichst

100 Tage Ampelkoalition - Durchwursteln statt Aufbruch



Am 17. März stand die von SPD, Grünen und FDP getragene Bundesregierung 100 Tage in Verantwortung. Zwei große Krisen haben nicht nur die Bundesregierung, sondern auch unser Land voll und ganz gefordert: Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine. Das von Kanzler Scholz ausgesendete Signal an den Aggressor Russland im Zuge des Überfalls auf die Ukraine war eine notwendige Zeitenwende in der Sicherheitspolitik. Dies unterstützen wir. Insbesondere das Bekenntnis zum 2%-Ziel der NATO haben wir schon 2014 eingefordert, sind aber immer auch an Finanzminister Scholz gescheitert. Endlich gab es die Einsicht, dass die Friedensdividende der Wiedervereinigung aufgebraucht ist und Deutschland selbst mehr für die Verteidigung der eigenen Werte und Freiheit leisten muss. Und damit verbunden, müssten auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Zugleich wird aber an den Reaktionen aus den Reihen der Grünen deutlich, dass in der Koalition wie bei allen anderen Themen von Anfang an parteipolitische Gegensätze zu spüren sind. Insbesondere bei der Strategie zur Bekämpfung der Corona-Pandemie klaffen die Meinungen so weit auseinander, dass kein konsistenter Plan besteht. Das haben wir im Dezember gesehen, als es die notwendigen Schutzmaßnahmen erst gar nicht geben sollte. Das haben wir bei der unangekündigten Verkürzung des Genesenen-Status gesehen. Das sehen wir bei der vom Kanzler angekündigten Impfpflicht, für die er in seiner Koalition keine eigene Mehrheit findet. Und wir sehen das aktuell beim Auslaufen der Schutzmaßnahmen, die gegen heftigen Widerstand der Länder erfolgt ist. Von dem in den Koalitionsverhandlungen immer einmütig angekündigten Aufbruch ist bis heute nichts zu spüren. Ein Musterbeispiel ist das wichtige Parlamentarische

Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste durch den Bundestag, das aufgrund des Streits zwischen SPD und Grünen monatelang nicht besetzt und daher weiter von der CDU geführt wurde. Bisher gibt es kaum echte Impulse, obwohl die Ankündigungen beispielsweise beim Wohnungsbau oder dem Klimaschutz große Erwartungen geweckt haben. Stattdessen wurde zwischenzeitlich durch Robert Habeck die KfW-Förderung beim energetischen Wohnungsbau mir nichts dir nichts ausgesetzt und unzählige Unternehmen und Hausbauer eiskalt erwischt. Viel hat diese Koalition bisher nicht auf die Beine gestellt. Dabei muss sich Olaf Scholz an seiner Ankündigung messen lassen: ‚Wer Führung bestellt, bekommt sie‘.

Sondervermögen nur für die Bundeswehr



Es ist gerade einmal einen Monat her, dass sich Olaf Scholz angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine mit

seiner Ankündigung eines ‚Sondervermögens Bundeswehr‘ im Volumen von 100 Mrd. EUR endlich dazu bekannt hat, mehr für die Sicherheit und Bündnisfähigkeit Deutschlands leisten zu wollen. Dass dies notwendig ist, sehen wir seit Jahren. Kaum eine Woche verging ohne Meldungen über einen eklatanten Mangel. Heute sieht auch die politische Linke, dass NATO und Bundeswehr unsere Lebensversicherung sind und dass diese Rückversicherung nur greift, wenn Vorsorge betrieben wird und solidarisch Beiträge geleistet werden. Aktuell betrifft das neben der Anschaffung von Kampfdrohnen, die Beschaffung des Tornado-Nachfolgers, schwere Transporthubschrauber, Luftabwehrfähigkeiten, aber auch grundsätzliche Dinge wie Nachtsichtgeräte, Munition und persönliche Schutzausstattung einzelner Soldaten. Um diese Lücken zu schließen, müssen 100% des Sondervermögens für die Bundeswehr ausgegeben werden. In der Koalition ist aber schon längst eine Vielstimmigkeit der Zielsetzungen sichtbar, die nichts Gutes erahnen lässt. Insbesondere Äußerungen von den Grünen deuten darauf hin, dass Gelder nicht nur für die Streitkräfte verwendet werden sollen. Die Grünen wollen das Ziel einer verbesserten Wehrhaftigkeit schon

jetzt aufweichen, obwohl der Krieg in Europa noch immer tobt, obwohl Putins Propaganda Russland auf eine lange und intensive Auseinandersetzung mit dem Westen einschwört und die Gefahren für unsere Freiheit größer sind als in den letzten drei Jahrzehnten. Auch wir sehen den Bedarf zusätzlicher Mittel für die Energieversorgungssicherheit, für Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit. Dies aber zusätzlich und nicht zulasten unserer Soldatinnen und Soldaten. Abschreckung und Sicherheit können nur durch eine leistungsfähige und einsatzbereite Bundeswehr garantiert werden. Wir unterstützen deshalb den Weg der besseren Finanzierung der Bundeswehr über ein im Grundgesetz verankertes Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro. Dafür bedarf es aber zum einen der konstruktiven Einbindung der Unionsfraktion in die notwendigen politischen Prozesse sowie die 100%ige und vor allem eine nachhaltige Mittelverwendung für die Bundeswehr. Dies bedeutet insbesondere, dass der Wehretat im Bundeshaushaltsplan in den nächsten Jahren kontinuierlich aufzuwachsen muss.

Spatenstich für neue AWO-Kita



Die Arbeiterwohlfahrt AWO Villingen-Schwenningen baut auf der Möglingshöhe, dem früheren Landesgartengelände, zum Bestandsbau ein neues Gebäude für den Betrieb einer Heilpädagogischen Kindertagesstätte. Ich gratulierte beim Spatenstich angesichts des hohen Bedarfs an Kita-Plätzen in der Stadt zu dieser Entscheidung. 50 neue Plätze entstehen in dem auf rund fünf Millionen Euro Baukosten veranschlagten Gebäude. Eine gewaltige Leistung von AWO und Stadt, die an dieser Stelle gemeinsam umgesetzt wird.

Entlastungen bei Energie kommen zu spät, wirken zu langsam und lassen viele unberücksichtigt



Endlich hat sich die Ampel-Regierung gerührt und auf den großen Druck der Inflation, insbesondere bei den Energiepreisen, mit einem Entlastungspaket reagiert.

Wenn man sich das Paket aber genau anschaut, dann kommen die Vorschläge zu spät, sie sind nicht stringent und vor allem auch nicht ambitioniert genug. Besonders kritisch zu sehen ist, dass es jetzt am besten sofortige Entlastungen bräuchte, die Vorschläge aber frühestens im Mai greifen werden. Jede Partei hat eigene Wünsche diktiert und durchgesetzt. Dies wurde durch Vorstellung der einzelnen Maßnahmen durch die jeweiligen Parteivorsitzenden sehr deutlich. FDP-Chef Lindner hat eine Energiepauschale sowie die Energiesteuersenkung durchgesetzt. Die Grünen haben subventionierte ÖPNV-Tickets und neue Vorgaben für das energetische Wohnen durchgesetzt. Der Kinderbonus und Einmalzahlungen für Hartz 4-Empfänger sind auf Wunsch der SPD in das Paket gekommen. Das ist Regierungsarbeit im Stile eines bunten Wunsch-dir-was ohne Konzept und Struktur. Zwar wurde eine Absenkung der entscheidenden Steuern für Entlastungen bei den Kraftstoffen beschlossen, wie von der Union gefordert, von denen selbstverständlich auch Rentner profitieren. Dies aber in viel zu geringem Umfang. Augenscheinlich fallen wichtige Gruppen ohne aktives Arbeitsverhältnis und ohne Einkommenssteuerzahlungen wie Rentner oder auch Studenten beim zentralen Instrument der Direktzahlungen durch das Raster. Dabei haben die Personengruppen unterdurchschnittlich viel Geld im Monat zur Verfügung, weshalb sie im Zweifel die Preisexplosionen ganz besonders spüren und darunter leiden. Und auch viele Unternehmen müssen sich gegenwärtig wegen der explodierenden Energiepreise um ihre Existenz sorgen. Unterstützung dürfen sie von SPD, Grünen und FDP aber nicht erwarten. Schlimmer noch, sie werden bei Auszahlung des Energiegeldes mit zusätzlicher Bürokratie belastet und müssen sogar in Vorleistung gehen. Das ist falsch und muss geändert werden. Die Be-

ratungen im Parlament stehen in den nächsten Wochen erst noch an und die angesprochenen Kritikpunkte wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei ganz sicher adressieren.

Eine Regierungserklärung wäre die richtige Antwort auf Selenskyjs-Rede gewesen



Interview zum Ukraine-Krieg
Thorsten Frei (CDU): So hart fällt seine Kritik an der Scholz-Ampel aus

Am 17. März hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskyj eine Rede vor dem Deutschen Bundestag gehalten. Während wir Abgeordnete sicher im Reichstag saßen, gab es noch kurz vor seiner Rede einen Raketenangriff in unmittelbarer Nähe des Aufenthaltsortes des ukrainischen Präsidenten in Kiew. Größer hätte der Kontrast nicht sein können. Selenskyj hat in seiner Rede dann auch eindrücklich vor Augen geführt, was ein Krieg in Europa tatsächlich bedeutet. Russische Truppen bombardieren Städte und zerstören alles ohne Rücksicht. Selbst Krankenhäuser, Schulen und Kirchen sind bereits Opfer von Raketenangriffen geworden. In dieser schwierigen Situation braucht die Ukraine unsere Hilfe. Die Aufforderung Selenskyjs, die neue Mauer mitten in Europa zwischen Freiheit und Unfreiheit niederzureißen, ist deshalb auch ein Auftrag an uns. Wie wir mit diesem Auftrag umgehen, ist unbedingt eine Sache, die sowohl die Regierung als auch das Parlament beschäftigen muss. Dazu hätte es im Anschluss an die Rede eine passende Gelegenheit gegeben. Olaf Scholz hätte aus meiner Sicht zwingend auf die Forderungen der Ukraine und die Entwicklungen dort seit seiner Regierungserklärung vom 27. Februar eingehen müssen. Friedrich Merz hat das passend formuliert mit der Fragestellung: „Wo stehen wir? Haben wir das richtig gemacht? Gibt es möglicherweise Entscheidungen, die nachkorrigiert werden müssen?“ Genau deshalb hat die Unionsfraktion eine Aussprache im Anschluss an die Rede des ukrainischen Präsidenten gefordert. Wenn die Grünen-Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt stattdessen mit Geburtstagsglückwünschen und der Tagesordnung fortfährt, als wäre nichts gewesen, ist dies dieser besonderen Lage unwürdig und ein Tiefpunkt in der Geschichte des Deutschen Bundestags. Ob die Ampel mit ihrer Ablehnung dieser

Aussprache ihre eigene Zerrissenheit bei diesem Thema verdecken wollte oder Olaf Scholz der nötige Mut gefehlt hat, sich der Rede von Präsident Selenskyj zu stellen, kann man nur mutmaßen. Klar ist: Führung in der Krise sieht anders aus. Mit der Neuen Osnabrücker Zeitung habe ich dazu ein Interview geführt: <http://thorsten-frei.de/aktuelles/artikel/haetten-eine-regierungserklaerung-gebraucht-2022/>

Aussprache ihre eigene Zerrissenheit bei diesem Thema verdecken wollte oder Olaf Scholz der nötige Mut gefehlt hat, sich der Rede von Präsident Selenskyj zu stellen, kann man nur mutmaßen. Klar ist: Führung in der Krise sieht anders aus. Mit der Neuen Osnabrücker Zeitung habe ich dazu ein Interview geführt: <http://thorsten-frei.de/aktuelles/artikel/haetten-eine-regierungserklaerung-gebraucht-2022/>

Saarland-Wahl ist schmerzhaft, läuft aber gegen den Trend



Das Ergebnis der Landtagswahl am vergangenen Sonntag im Saarland ist sehr schmerzhaft für uns gewesen. Vor allem auch, weil

Ministerpräsident Tobias Hans sehr gute Arbeit geleistet hat. Ihm ist es im Gegensatz zu seiner Konkurrentin und der ehemaligen Vize-Ministerpräsidentin aber leider nicht gelungen, dieses Bild bei den Menschen zu verankern. Das legen die Zustimmungswerte im Saarland nahe. Dabei bringt Tobias Hans aus Berliner Perspektive alles mit, was ein guter Landesvater braucht, weshalb er logischerweise auf Annegret Kramp-Karrenbauer folgte. Fakt ist aber auch, dass die Umfragewerte im Land und im Bund seit längerem auseinander laufen und die Zustimmungswerte für die CDU im Saarland nicht mit den Umfragen in NRW oder Schleswig-Holstein korrelieren. Insofern ist das Saarland ein Stück weit auch abgekoppelt zu betrachten, wenngleich wir dort selbstverständlich gerne einen Erfolg verbucht hätten. Nichtsdestotrotz sind wir in Berlin gut aus dem alten, desaströsen Jahr herausgekommen. Wir haben uns mit Friedrich Merz personell neu aufgestellt. Wir haben die Gräben an der Basis ein gutes Stück weit zuschütten können. Und vor allem machen wir gute und sichtbare Oppositionsarbeit. Insofern können wir weiter optimistisch auf die wichtigen Landtagswahlen im Laufe des Jahres und damit die Zukunft unserer CDU blicken. Hören Sie mein Interview zur Saar-Wahl im Deutschlandfunk hier noch einmal in voller Länge:

ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2022/03/28/saarland_wahl_interview_thorsten_frei_1_parl_dlf_20220328_0650_e6ea9e59.mp3

Wohnungsmarkt bleibt angespannt



Mit Geschäftsführer Rainer Müldner sowie den Prokuristen Helene Stang und Peter Fürderer von der städtischen Wohnbaugesellschaft (wbg) in Villingen Schwenningen habe ich über die Lage auf dem Wohnungsmarkt der Stadt und in der Umgebung gesprochen. Müldner sprach von einem sehr dynamischen Markt mit hoher Nachfrage und weiter steigenden Preisen. In der Stadt werde zwar ungebremst viel gebaut, doch dies habe noch keine Entspannung gebracht. Der Zuzug in die Doppelstadt bleibe hoch und Sorge für lange Wartelisten bei den Mietwohnungsnachfragen. Stark gestiegene Materialpreise und nun wieder anziehende Zinsen mache es der wbg derzeit nicht leicht, bei Neubezug Mieten auf einem günstigen Niveau zu halten. Wir waren uns einig, dass im Bausektor mit Blick auf den Klimaschutz noch viel in den Bestand investiert werden müsse. Hierzu brauche es, so Müldner, aber auch verlässliche staatliche Förderungen, ansonsten seien die Wohnungen für weniger liquide Mieter angesichts enormer Kostensteigerungen nicht mehr bezahlbar.

Besuch in der neuen THW-Zentrale in Trossingen

Gemeinsam mit seiner Abgeordnetenkollegin Maria-Lena Weiß besichtigte ich in deren Wahlkreis die neue THW-Einrichtung in Trossingen. Die alte Regierung hatte das Technische Hilfswerk, das seinerzeit im meinem Zuständigkeitsbereich als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender lag, sowie das hier stark ausgeprägte Ehrenamt über das 2. THW-Änderungsgesetz im März 2020 mit höheren Budgets für die Moderni-



sierung der Ausrüstung und der Pflicht zur Freistellung von THW-Helfern im Einsatz deutlich gestärkt. Dies zeigt sich auch in der großzügig ausgelegten Einrichtung in Trossingen für über drei Millionen Euro mit Mannschaftsräumen für Frauen, Männer und den THW-Nachwuchs, Schulungsraum, Küche, Werkstatt und Büros.

Herzliche Einladung zur Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Dienstag, 12. April 2022, ab 14.30 Uhr im Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei